

27
81

Union in Deutschland

Bonn, den 24. September 1981

Opposition in der Offensive

Der Bundeshaushalt ist das „Schicksalsbuch der Nation“. In diesen Tagen liegt die Bundestagswahl 1980 ein Jahr zurück und damit geht auch das erste Jahr dieser Legislaturperiode zu Ende. In der zweitägigen Haushaltsdebatte hat der Bundestag Bilanz gezogen. Opposition im Angriff — Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition in der Defensive. Das ist das Ergebnis dieser Debatte.

Es ist schwierig geworden, sagt Helmut Kohl, über die Bundestagswahl 1980 zu reden, weil alles vernebelt wird, was gerade vor einem Jahr stattgefunden hat. Man tut sich draußen manchmal schwer, sozialdemokratische Wähler wiederzufinden. Es ist wohl schwer, sich dazu zu bekennen, daß man noch einmal den Aussagen des Bundeskanzlers auf den Leim gegangen ist. Um so wichtiger ist es, Bundesregierung und Koalition öffentlich an all das zu erinnern, was sie versprochen und was sie nicht gehalten haben.

Die Koalition steht den Herausforderungen der Zeit hilflos gegenüber. Fast alles, was sie zu tun beabsichtigt, ist Flickwerk. Die Wiederbelebung unserer Wirtschaft aber setzt voraus, daß wir wieder ganz klare, prinzipielle Positionen beziehen. Das heißt: Mehr Leistungswille, ja zum Wettbewerb, stabiles Geld und weniger Staat.

■ DIE DEBATTE IM BUNDESTAG

HELmut KOHL:
Die Verantwortung für die Finanzkrise trägt Helmut Schmidt Seite 2

FRANZ JOSEF STRAUSS:
Seit zwölf Jahren geht es in die falsche Richtung Seite 6

ALFRED DREGGER:
Endlich Barrieren gegen den Zustrom der Scheinasyanten errichten Seite 8

HANSJÖRG HÄFELE:
Wir lehnen höhere Steuern und Kürzungen des Kindergeldes ab Seite 9

WALTHER LEISLER KIEP:
Die Arbeitsplätze sind unsere Hauptsorge Seite 11

RAINER BARZEL:
Diese Regierung motiviert nicht — sie frustriert — sie bewirkt nichts — sie hemmt den Aufschwung Seite 13

■ FLUGBLATT
Friedensaufruf Seite 15

■ DOKUMENTATION
Leitantrag für den 30. Bundesparteitag in Hamburg/Entwurf des Bundesvorstandes vom 21. September 1981 grüner Teil

HELmut KOHL:

Die Verantwortung für die Finanzkrise trägt Helmut Schmidt

Herr Bundeskanzler, wie kommen Sie sich eigentlich vor, wenn Sie heute, zwölf Monate danach, eine Rede wie die Ihres eigenen Finanzministers anhören müssen, wo Sie doch vor weniger als einem Jahr den Wählern in der Bundesrepublik Deutschland noch vorgemacht haben, all die Probleme existierten nicht, als Sie jeden, der anderer Meinung war, pauschal diffamierten und verunglimpften?

Unsere Gedanken schweifen natürlich nicht nur zwölf Monate zurück, denn vier Jahre zuvor haben wir bei der Rente ja das gleiche erlebt. Durch Ihre Regierungszeit zieht es sich von Wahl zu Wahl wie ein roter Faden: Versprechungen, Ankündigungen vor der Wahl und Bruch der Versprechungen nach der Wahl.

Unsere Wirtschaft wächst nicht mehr, sie schrumpft. Im ersten Halbjahr 1981 wurden für die Bundesrepublik insgesamt 6 400 Insolvenzen, d. h. Pleiten, gemeldet. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum von plus 23%. Auf dem Unternehmensbereich entfielen insgesamt 4 500 Insolvenzen. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von plus 28%.

Das hat — über die Insolvenzen hinaus — auch etwas mit einer Grundstimmung zu tun, die man gerade in mittelständischen Bereichen überall antrifft, daß sich immer mehr Leute fragen:

Lohnt es sich noch, sind wir jetzt nicht dabei auszusteigen und in ganz andere Arbeitsverhältnisse hineinzutreten?

gehen, in denen man nicht mehr auf eigenes Risiko arbeitet?

Alle Ihre Versuche, Herr Bundeskanzler, von dieser Entwicklung abzulenken, indem Sie die Andersdenkenden, vor allem im Wahlkampf, als Schwarzmaler, als Panikmacher beschimpft haben, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie die ganz persönliche Verantwortung dafür tragen, daß das Land in Ihrer Kanzlerschaft in die größte Finanzkrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hineingeführt wurde.

In den 20 Jahren von 1949 bis 1969 wurden unter Ihren Vorgängern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger nicht so viele Schulden aufgenommen, wie Sie, der Bundeskanzler Helmut Schmidt, 1981 in einem halben Jahr aufnehmen mußten.

Allein in diesem Jahr nimmt der Bund 75 Milliarden DM Kredit auf. Davon muß er über 41 Milliarden DM für die Tilgung alter Schulden verwenden. Netto bleibt ihm also ein Betrag von knapp 34 Milliarden. Davon muß er 17 Milliarden DM — die Hälfte — für Zinsen abzweigen.

Um den Rest von 17 Milliarden als Ausgaben in den Bundeshaushalt einstellen zu können, ist eine Schuldenaufnahme von brutto 75 Milliarden DM notwendig — oder, damit man es besser versteht, täglich 200 Millionen DM.

Schon 1982, Herr Bundeskanzler, werden Sie 90% der Neuverschuldung benötigen, um die Zinsen zahlen zu können. 1983 wird die Neuverschuldung dafür schon nicht mehr ausreichen. Der Finanzplan sieht in den kommenden vier Jahren eine Neuverschuldung von etwas mehr als 100 Milliarden DM vor. Aber mehr als 170 Milliarden DM werden in der gleichen Zeit zur Rückzahlung alter Schulden fällig, weil Sie gezwungen sind, einen riesigen Berg alter Schulden auf immer kürzere Fristen umzuwälzen.

So betrachtet, können Sie doch nicht im Ernst hier von Schuldenabbau oder auch davon reden, daß die amerikanische Zinspolitik an dieser Entwicklung schuld sei.

Lesen Sie bitte was der frühere Bundesfinanzminister Alex Möller in seinem neuen Buch mit dem Titel „Schuld durch Schulden“ dazu geschrieben hat: „Niemand hat das Recht, seine Kinder anzupumpen, um für sich selber einen sozial unangemessenen Komfort finanziert zu können. Wir würden dann, wenn wir dies mißachteten, wirklich den Handlungsspielraum der nachfolgenden Generationen einengen. Statt ihr eine weitere Chance zu geben, würden wir tatsächlich eine Last vererben, weil wir über unsere Verhältnisse leben.“ Diesem Wort Alex Möllers ist nichts hinzuzufügen.

Da hier von den Kindern und Enkeln die Rede ist, will ich das in Zahlen ausdrücken.

Heute legen Sie mit Ihrer Politik mit neuen Schulden von jährlich 25 Milliarden DM bei einer Geburtsrate von rund 500 000 Geburten im Jahr jedem neugeborenen Kind bereits eine Hypothek der Bundesregierung von 50 000 DM in die Wiege. Das ist Ihre Politik für die nächste Generation.

Die Wiederbelebung unserer Wirtschaft setzt voraus, daß wir wieder ganz klare, prinzipielle Positionen beziehen. Ich kann sagen, Herr Kollege Genscher: Fast alle Positionen, die Sie bezogen haben, sind die richtigen Positionen. Das heißt konkret, daß die Hauptforderungen für ein grundlegendes Umdenken und für einen Neubeginn in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gar nicht neu sind. Sie kommen in jenem Satz Ludwig Erhards, gesprochen in der Nacht der Währungsreform im Sommer 1948, zum Ausdruck: Mehr Freiraum für den Bürger, mehr Vertrauen in den Bürger und mehr Mißtrauen gegen

den allmächtigen Staat. Das ist die Grundlinie, die sich hervorragend bewährt hat.

Das heißt: mehr Leistungswille, Ja zum Wettbewerb, stabiles Geld und weniger Staat. Genau das — Sie rufen doch immer nach der Alternative, meine Damen und Herren von der SPD — ist die Alternative zu Ihrer Politik.

Dazu brauchen wir kein spektakuläres Programm. Um dieses Programm verwirklichen zu können, genügt es, sich auf die Erfahrungen durch 20 Jahre Leistungsfähigkeit und funktionierende Soziale Marktwirtschaft zurückzubesinnen. Gerade die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft sind durch Ihre Politik in diesem Jahrzehnt verschüttet worden.

Bei aller Bedeutsamkeit der ökonomischen Fragen ist die Frage nach der geistig-moralischen Haltung der Deutschen, ob sie fähig sind, die Herausforderung dieser Zeit zu erkennen und zu bestehen, das eigentliche Problem.

Wir werden die ökonomischen Daten nur dann in Ordnung bringen, wenn ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen dem durch legitimen persönlichen Egoismus des einzelnen und dem Wollen und dem Willen zum Wir für das Ganze unseres Vaterlandes wieder da ist. Die Bereitschaft zum eigenen Tun, zum eigenen Wagnis. Das ist eine Lebenshaltung.

Die Frage, ob wir mit jungen Leuten nur noch über ihre Rechte und nie mehr über ihre Pflichten reden sollten, hat etwas mit dieser Grundhaltung zu tun.

Am vergangenen Sonntag haben Sozialdemokraten und leider auch Freie Demokraten mit Kommunisten, mit Chaoten, mit den Feinden der Demokratie gegen unsere Freunde demonstriert. Sie haben gegen jenen Mann demonstriert, der überhaupt durch seine Existenz symbolisiert, daß diese Leute im freien Teil Berlins demonstrieren können. Die Mitglieder der SPD

und FDP, die dies taten, haben sich damit mit den exemplarischen Feinden der Demokratie gegen unseren wichtigsten Verbündeten zusammengetan. Da gehören auch die altgewordenen Jusos und Judos dazu.

Alexander Haig hat in seiner Rede jenen ungeistigen, dummen, tölpelhaften Antiamerikanismus zutiefst beschämmt. Er sagt:

Im Namen meines Landes und im Namen der mehreren Hunderttausende meiner Landsleute, die in unseren Streitkräften in Europa dienen, lassen Sie mich damit schließen, daß selbst, wenn wir nicht damit übereinstimmen, was Sie sagen, wir bereit sind, bis zum Tod Ihr Recht zu verteidigen, es zu sagen.

Das ist große europäische und amerikanische Freiheitstradition.

Herr Bundeskanzler, was müssen eigentlich amerikanische Väter und Mütter gedacht haben, die ihre Söhne auch zur Verteidigung unserer Freiheit hierherschicken, wenn sie die Bilder in ihrem Wohnzimmer sehen, wie Pöbel — etwas anderes kann man nicht sagen —, Pöbel die amerikanische Fahne in den Dreck zieht?

Was werden sie gedacht haben, wenn sie wenige Stunden danach von dem Versuch eines Attentats auf den Oberkommandierenden der amerikanischen Soldaten in Europa, den höchsten Soldaten der Amerikaner, in Heidelberg gehört haben; wenn sie sich dann erinnern, daß dies vor wenigen Wochen auch in Ramstein so war und daß dies 1981 der zehnte Anschlag gegen amerikanische Soldaten und Einrichtungen ist?

Ich frage mich: Was müssen eigentlich unsere Mitbürger in der DDR, in Ost-Berlin gedacht haben als sie diese Bilder sahen, sie, die seit 1953 keinerlei Chance haben,

überhaupt irgendeine Demonstration zu machen?

Es ist unübersehbar — und an diesem Beispiel ist es exemplarisch deutlich geworden —: Wichtige Repräsentanten Ihrer Partei sind auf dem Weg, die Bundesrepublik und mit ihr Westeuropa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln.

Wieweit diese Politik bereits Früchte trägt, haben ja nicht nur die antiamerikanischen Ausschreitungen in Berlin gezeigt. Dokumente für diese Entwicklung liefern Sie ja fast täglich aus dem Ollenhauerhaus.

Die SPD-Vorstandsmitglieder Vogel und Glotz veröffentlichten einen offenen Brief in der Berliner Presse, in dem sie zwar den Besuch des amerikanischen Außenministers begrüßen, aber gleichzeitig die amerikanische Sicherheitspolitik kritisieren. Damit liefern Sie die Rechtfertigung für die Demonstration mit der linken Hand nach. Das war doch die Tendenz, die Sie hatten.

Sie verraten doch alles, was Sie bei der Gründung der Bundesrepublik mit auf den Weg gebracht haben.

Wir, die CDU/CSU, haben die Partnerschaft und Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika nie als eine bedingungslose Anpassung oder gar Unterwerfung verstanden. Wer die Geschichte unserer Republik kennt, weiß, wie sehr Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger während ihrer Kanzlerschaft in wichtigen Detailfragen der Politik mit den amerikanischen Freunden gerungen haben, wie man zu Kompromissen kam.

Aber wir haben es nie zugelassen, daß Leute aus unseren Reihen auf der Straße gegen unsere Verbündeten mobilisiert werden. Wir sind nie irgendwelchen Bewegungen aus tagespolitischen, demoskopischen Gründen nachgelaufen, die antiamerikanische Gefühle mobilisierten und

die in Wahrheit ganz andere Ziele verfolgten.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion über Sicherheit und Abrüstung trägt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entscheidend dazu bei, daß unser amerikanischer Bündnispartner in der Rolle desjenigen erscheint, der ein neues Wettrüsten einleitet und damit den Frieden gefährdet. Die militärische Macht der Sowjetunion, ihre verstärkte Aufrüstung gerade im letzten Jahrzehnt und ihre tatsächliche Gegnerschaft gegen die Entspannungspolitik werden verharmlost und aus der Diskussion gedrängt.

In Afghanistan und Vietnam, in Kambodscha, überall geschah und geschieht Völkermord. Wo bleiben eigentlich die großen Demonstrationen in Berliner Straßen, angeführt von den Jusos und den Judos, gegen denjenigen, der für diesen Völkermord verantwortlich ist?

Wo bleibt der Aufschrei der Sozialistischen Internationalen und ihres Präsidenten Willy Brandt? Wo bleibt, Herr Bundeskanzler, angesichts der Nachricht, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten in Laos, Kambodscha und Afghanistan tödliches Giftgas eingesetzt haben, jetzt das Wort der Bundesregierung?

Alle, die so schnell mit Wort und Tat gegen die Amerikaner in Vietnam protestiert, ja gewütet haben, stecken jetzt den Kopf in den Sand.

Westliche Unterlegenheit würde die Sowjetunion in diesen Tagen nur dazu verführen, ihren politischen Druck gegen das Bündnis zu verstärken und vor allem einzelne Mitglieder des Bündnisses unter psychologischen Druck zu setzen. Die Politik, auch die Äußerungen von wichtigen Mitgliedern der Bundesregierung und der SPD hier in der Bundesrepublik müssen in der Sowjetunion den Eindruck ver-

mitteln, daß sie dieses Ziel durch Abwarten erreichen kann.

Was die SPD laut Herrn Engholm mehrheitlich will, besagt doch nichts anderes, als daß die Sowjetunion über Jahre die Verhandlungen nur hinhaltend zu führen braucht, um ihre erreichte Überlegenheit zu erhalten und eine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu verhindern. Die Sowjetunion rüstet und rüstet in Wahrheit, während sie fortwährend von Frieden und Entspannung redet.

Der Westen aber soll, in der Hoffnung auf Verhandlungsergebnisse, seine Projekte zurückstellen und streichen. Er ist damit auf dem besten Weg, sich sowjetischer Überlegenheit auszuliefern.

Die gleiche Wirkung erzeugt nun dieses neue Gerede von der Nulloption, d. h. den Verzicht auf Nachrüstung, wenn die Sowjets ihre Mittelstreckenraketen gänzlich abbauen. Dieses Gerede ist eine glatte Täuschung der deutschen Öffentlichkeit. Es ist doch ausgeschlossen, daß das für die Sowjets möglich ist. Das heißt doch jede Erfahrung der Geschichte in den Wind schlagen. Das ist ein Idealzustand, der an die Wand gemalt wird, obwohl auch der Bundeskanzler weiß, daß dieser Zustand zu unseren Lebzeiten niemals Realität in Europa werden wird.

Damit werden Hoffnungen besonders bei jungen Leuten erweckt, die später zu schweren Enttäuschungen führen müssen, z. B. wenn die Nato gezwungen sein wird, in zwei Jahren die ersten Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren.

Wenn hier schon von Idealvorstellungen gesprochen wird, dann gebietet es die Verantwortung eines Regierungschefs ganz deutlich zu sagen, daß die Nulloption genauso ein schöner Traum ist wie der Frieden ohne Waffen.

FRANZ JOSEF STRAUSS:

Seit zwölf Jahren geht es in die falsche Richtung

Es wäre für mich ein echtes Problem der Arbeitsbeschaffung, wenn ich die Versprechungen alle aufzählen müßte, die diese Koalition nicht gehalten hat. Bei keiner Regierung — aber das ist nicht neu — klapft zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine so große Lücke, ein so unüberbrückbarer Gegensatz wie bei den Regierungen seit Ende 1969 bis heute.

Wir sind es schon lange gewohnt, daß politische Leistung durch politisches Pathos, durch Staatsschauspielerkünste ersetzt wird. Früher war es Aufgabe der Historiker, einen Vorgang für historisch bedeutsam zu befinden. Diese Koalition ist also gleich angetreten als selbsternanntes historisches Bündnis. Wer gläubiger Anhänger dieses geschichtlich notwendigen historischen Bündnisses war, muß sich allerdings fragen, warum einer der Bündnispartner in der Zeit, in der er sich erlaubte, seine Meinung zu sagen, auf einmal von der unbedingten Notwendigkeit einer gründlichen Wende gesprochen hat. Da stimmt doch etwas nicht mehr.

Alle vier Ziele des berühmten Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes sind verfehlt worden.

Davon war heute schon die Rede. Ich habe allerdings heute morgen eine Bemerkung gehört: „Sagen Sie mir ein Land, wo sie erfüllt worden sind.“

Ich nenne Ihnen das Land! Die Bundesrepublik Deutschland, bevor die liberal-sozialistische Koalition an die Herrschaft gekommen ist.

Es ist selten möglich, alle vier Ziele auf einmal in idealer gegenseitiger Zuordnung und Vollkommenheit zu erreichen. Man läuft immer Gefahr, daß ein Ziel — und wenn es ganz schlecht geht, auch einmal zwei Ziele zu kurz kommen. Daß aber alle vier Ziele auf einmal gründlich verfehlt werden, blieb allerdings denen vorbehalten, die das neue Zeitalter vor zwölf Jahren feierlich verkündet haben. Wenn diese vier Ziele verfehlt sind, dann sind das die Folgen einer falschen Politik, vor der wir — nicht nur die CDU/CSU, sondern ich darf hier auch sagen: Die Mehrheit, die wir im Bundesrat haben — seit vielen Jahren vergeblich gewarnt haben.

Die entscheidenden Ursachen dafür sind Grundentscheidungen, z. B. durch staatliche Konjunkturprogramme eine nachhaltige Belebung der Wirtschaft erreichen zu wollen.

Es sind ferner unternehmerfeindliche und investitionsemmende Grundeinstellungen in entscheidenden Fragen der Finanz- und Sozialpolitik. Entweder ermöglicht man den Unternehmen, ihre Funktion zu erfüllen, oder man muß sie abschaffen. Wenn man ihre Funktion vor allem im mittelständischen Bereich sozusagen als Sprungfeder einer haltbaren Matratze des Systems abbaut und dann von ihnen volle Leistungsfähigkeit verlangt, ist der Gipelpunkt von entweder Ignoranz oder Hypokrisie erreicht.

Leistungsfeindliche Belastungen der Arbeitnehmereinkommen — mein Kronzeuge heißt Matthöfer, allerdings meint er, jetzt hätten wir die Grenze erreicht; wenn er es ein bißchen früher gesagt hätte, wäre es besser gewesen — und, was schwer zu Buche schlägt, Einführung oder Nichtbeseitigung von Anreizen zur Leistungsverweigerung: Wenn der, der weniger, fast nichts oder nichts tut, beinahe genauso viel an Verfügungseinkommen hat — nimmt man eine Familie mit Mann, Frau, zwei Kindern — wie der, der als Alleinver-

dienender in seiner Familie ein normales Arbeitseinkommen hat, dann stimmt etwas im System nicht mehr.

Es ist doch kein Zweifel, daß derjenige, der alle Lücken der sozialen und steuerlichen Bestimmungen ausnutzt, im Zweifelsfall dann über den Lohnsteuerjahresausgleich zum Schluß mehr an Verfügungseinkommen hat, als die Mehrheit derer, die das ganze Jahr normal durcharbeiten.

Dazu kommt ein mit der Erhöhung der Staatsquote Hand in Hand gehender Umlaufungsprozeß, durch den die marktwirtschaftliche Grundordnung mehr oder minder teilweise verdrängt wird. Wenn fast 50% des Bruttosozialprodukts durch öffentliche, staatliche oder parafiskalische Kassen gehen, dann ist der Funktionsmechanismus der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr so arbeitsfähig, wie er für einen vollen Ertrag und eine volle Leistungsfähigkeit dieser Wirtschaftsordnung sein müßte. Hier liegt eine der Hauptursachen für den Niedergangsprozess. Natürlich geht Hand in Hand damit das von der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages durch überzogene Versprechungen geförderte Anspruchsdenken.

Die Bundesregierung muß nunmehr die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unter sehr ungünstigen Bedingungen nachholen. Sie kann es nur teilweise, und

deshalb ist auch diese Debatte nicht etwa die große Weichenstellung der Wende; sie ist nur eine Etappe, der weitere Auseinandersetzungen dieser Art mit absoluter Sicherheit folgen werden.

Ohne eine grundlegende Wende ist eine dauernde Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ebensowenig zu erreichen wie eine nachhaltige Belebung der Wirtschaft mit Wiedergewinnung ausreichender Wachstumsraten, einem dauerhaften Ab-

bau der Arbeitslosigkeit bis auf den Stand normaler Vollbeschäftigung.

Dabei geht die Konsolidierungsaufgabe über die unumgänglichen fiskalischen Eingriffe weit hinaus. Es geht doch nicht nur darum, einen Haushalt in Ordnung zu bringen und damit die Angelegenheit für erledigt zu erklären. Das ist auch möglich bei einer Million Arbeitslosen oder bei zwei oder drei Millionen Arbeitslosen, wenn man nur haushaltstechnisch denkt.

Gefordert ist ein umfassendes kurz-, mittel- und langfristiges Konzept, das in der Wirtschaft Vertrauen schafft, die Wachstumskräfte stärkt, die Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Entscheidende Bedeutung kommt dabei privaten Investitionen und Innovationen zu. Warum waren die 50er und 60er Jahre die Jahrzehnte der großen Investitionen? Warum klafft in den 70er Jahren eine Investitionslücke, die man ohne sie genau quantifizieren zu können, zwischen 100 und 200 Milliarden DM allein in der privaten Wirtschaft beziffern kann? Dazu kommt noch der bedauernswerte und anhaltende Rückgang der Investitionsquote bei öffentlichen Investitionen im Bundeshaushalt, die einen skandalösen Tiefstand im Laufe der mehrjährigen Finanzplanung erreichen wird. Ohne diese Belebung privater Investitionen und Innovationen ist eine hohe Arbeitsproduktivität nicht zu erreichen.

Aber unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik läuft weiter auf sozialistischem Kurs. Ich bin nicht so primitiv zu meinen, daß wir etwa einen Sozialismus der Enteignung hätten, daß er drohend vor der Türe stehe. Nein, die kalte Enteignung durch die Erhöhung der Staatsquote ist schon ein Fortschritt auf diesem verhängnisvollen Wege.

Da sind Sie, meine Herren von der FDP, Herr Genscher und Herr Lambsdorff, leider nicht in der Lage, diesen Zug zu stoppen, geschweige denn, den Kurs zu ändern.

ALFRED DREGGER:

Endlich Barrieren gegen den Zustrom der Scheinasylanten errichten

**Ein zweites Problem der Innenpolitik
brennt uns auf den Nägeln. Deutschlands
Ostgebiete kamen am Ende
des Krieges unter fremde Herr-
schaft. Die vertriebenen Deutschen,
etwa 12 Millionen, haben wir bei uns
gern aufgenommen, und das gilt für
alle anderen, die in Zukunft den Weg
in die Bundesrepublik Deutschland
suchen sollten.**

Wir haben inzwischen in unserem dichtbesiedelten Land außerdem über 4,5 Millionen Ausländer aufgenommen. Wir haben das selbst eingeleitet. Wir wollten weniger arbeiten und haben die Arbeitszeit verkürzt. Wir wollten die weniger angenehmen Arbeiten Ausländern überlassen. Den Ausländern, die auf unseren eigenen Wunsch gekommen sind, sind wir verpflichtet.

Aber jetzt überschwemmt uns auch noch eine Flut von Scheinasylanten und von Familienzusammenführungen, wobei wir beachten sollten, daß die Stellung der Familie in der islamischen Welt eine andere ist als in der unsrigen.

Bei diesem Zustrom wachsen die menschlichen und sozialen Spannungen in den Großstädten. Es ist zu befürchten, daß sie sich eines Tages entladen wie in Großbritannien, das nur 2,3 Millionen Ausländer hat und mit ihnen nicht fertig wird.

Ich will nur unsere grundsätzliche Position noch einmal umreißen, der wir seit 1977 in zahlreichen Bundestags- und Bundesratsinitiativen Ausdruck gegeben haben. Lei-

der vergeblich, weil sich Teile der Koalition verweigerten. Wir sind Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, in der Freizügigkeit vereinbart ist. Das gilt; wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Aber es wird nicht aufrechtzuerhalten sein, wenn wir nicht endlich Barrieren gegen den Zustrom von Scheinasylanten aufrichten.

Und noch eines:

Es ist nicht notwendig, daß alle politisch Verfolgten der Welt ihre Zuflucht in der Bundesrepublik Deutschland finden. Es ist eine humanitäre Aufgabe der ganzen Menschheit und der sie repräsentierenden UNO, in allen Erdteilen und Kulturkreisen Auffangsmöglichkeiten für politisch Verfolgte zu schaffen

Die Länder Südostasiens zum Beispiel lehnen es ab, Flüchtlinge aus Vietnam aufzunehmen, obwohl diese aus ihrem Kulturkreis kommen. Sie lehnen es ab, weil sie zum größten Teil chinesischer Nationalität sind und es der bevölkerungspolitischen Zielsetzung dieser Länder widerspricht, den Anteil der Chinesen in ihren Ländern zu erhöhen. Vom humanitären Standpunkt aus halte ich das nicht für vertretbar.

Die kleine Bundesrepublik Deutschland ist schon aus ökologischen Gründen nicht in der Lage, die humanitären Defizite aller Länder der Welt auszugleichen.

Besonders wichtig ist unsere Sorge für diejenigen, die bereits unter uns sind, insbesondere für die Jugendlichen. Nach wie vor fehlt es an einem realistischen Konzept der Bundesregierung, das die Frage beantwortet, ob wir die Absicht haben, die Ausländer, die bleiben wollen, zu assimilieren, sie zu Deutschen werden zu lassen. Ob diese dazu bereit und fähig sind, soweit sie aus anderen Kulturkreisen kommen.

HANSJÖRG HÄFELE:

Wir lehnen höhere Steuern und Kürzungen des Kindergeldes ab

Die Opposition wird die Vorschläge der Regierung in den Ausschüssen im einzelnen prüfen. Die CDU/CSU wird sich dabei konstruktiv verhalten. Sie wird ja sagen zu echten Einsparungen, und sie unterstützt die steuerlichen Abschreibungsverbeserungen.

Die CDU/CSU lehnt die Steuererhöhungen ab. Damit bricht die Regierung selber das Wort, das sie noch vor wenigen Monaten gegeben hat. Bei den Verbrauchssteuererhöhungen ist zweifelhaft, ob sie für den Staat den errechneten Ertrag erbringen. Außerdem wird die Existenz von mittelständischen Betrieben mit Arbeitsplätzen gefährdet. Verbrauchssteuererhöhungen zum Stopfen von Haushaltlöchern dürfen nicht in Betracht kommen, weil sie einen Spielraum zur Schaffung eines leistungs- und investitionsfreundlicheren Steuerrechts wegnehmen.

Die Union lehnt die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages ab. Es ist unverantwortlich, mit dieser Maßnahme der Rentenversicherung Finanzmittel zu entziehen.

Dies ist eine Politik gegen die Zukunft. Niemand kann glauben, daß die Beitragsanhebung nur vorübergehend ist. Weitere Beitragserhöhungen bei der Rentenversicherung sind vorgezeichnet.

Die CDU/CSU sagt nein zu den Kindergeldkürzungen. Sie sind eine erneute Wählertäuschung und richten sich einseitig gegen die Familie.

Die im zweiten Haushaltsgesetz vorgesehenen Steuererhöhungen werden von uns genau überprüft werden, inwie-

weit sie wirtschaftshemmend sind. Heute schon ist erkennbar, daß hier neue Fehler gemacht werden, die unsere wirtschaftliche Entwicklung ungünstig beeinflussen. Zum Beispiel die Einschränkung der Lohnsteuerpauschalierung für Teilzeitbeschäftigte ist wirtschaftspolitisch falsch, und die Einführung einer Investitionssteuer für die Anschaffung von Betriebs-Pkw ist ein grober wirtschaftspolitischer Fehler.

Darüber hinaus hat die CDU/CSU zu einer noch weitergehenden Begrenzung der öffentlichen Ausgaben ihre Bereitschaft bekundet. Wir werden nicht nur echte Einsparungen in Höhe von 5 Milliarden Mark mittragen, sondern haben Vorschläge gemacht, welche ein zusätzliches Einsparungsvolumen über 10 Milliarden Mark bringen könnten.

Zum Beispiel sollte die Ausuferung des Ausbildungsförderungsgesetzes eingedämmt werden und durch eine andere Bemessung des Arbeitslosengeldes erreicht werden, daß der Anreiz und Wille zur Arbeit auf jeden Fall gefördert wird.

Mit dem Vorschlag, die Ausgaben für Subventionen und infolge von Leistungsgesetzen um fünf Prozent zu kürzen, befindet sich die CDU/CSU in Übereinstimmung mit dem Sondergutachten des Sachverständigenrates vom Juli dieses Jahres.

Auch die Schweiz hat in den letzten Jahren die Subventionierung um zehn Prozent gekürzt, und der DIHT hat einen ähnlichen Vorschlag gemacht.

Die Opposition behauptet nicht, ein vollkommenes Alternativprogramm vorgelegt zu haben. Eine Opposition kann den Haushalt nicht sanieren. Dies ist die Aufgabe der Regierung.

Die Opposition kann nur versuchen, die Regierung in die richtige Richtung zu drängen. Dies tun wir, deshalb ist die Kritik der FDP und SPD an unseren Vorschlägen kurzsichtig.

Im Kern verfolgen die Vorschläge der CDU/CSU folgende Ziele, welche nur noch mittelfristig erreicht werden können:

1 Wir brauchen eine Verringerung der Staatsquote durch eine mehrjährige Begrenzung der öffentlichen Ausgaben, was mehr private Freiräume schaffen muß.

2 Wir brauchen eine Verringerung des Staatseinflusses (der „unsichtbaren Staatsquote“) und der Bürokratie mit der Folge von mehrjährigen öffentlichen Personalstellenkürzungen.

3 Erhöhungen der Abgabenlast sind Gift.

4 Wir brauchen eine Beseitigung von Investitionshemmissen, z. B. im Wohnungsbau, im Kraftwerksbau und bei der Nachrichtentechnik. Auch bei den Steuern müssen Änderungen erfolgen, damit sich Leistung lohnt und Investitionen gefördert werden. Eine Senkung der ertragsunabhängigen Steuern ist zusammen mit der Eindämmung anderer Kosten ein besseres „Beschäftigungsprogramm“ als jedes staatliche Ausgabenprogramm.

5 Zusammengefaßt stehen wir vor der doppelten Aufgabe des „Järens und Säens“. Die Sanierung der Staatsfinanzen allein reicht nicht aus. Zugleich muß alles getan werden zum Freisetzen und zur Ermunterung der wirtschaftlichen Dynamik.

Wir stehen nicht bloß vor schwierigen finanzpolitischen Aufgaben. Es geht um mehr. Ohne eine grundlegende Neuorientierung, auch im Geistig-Moralischen, werden wir mit unseren Herausforderungen nicht fertig werden. Leistung und Ansprüche, Rechte und Pflichten müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Es geht dabei nicht um die Herstellung einer „Ellbogen-Gesellschaft“. Große Liberale wie Ludwig Erhard haben immer gewußt, daß Freiheit auf Dauer nur gelingt, wenn sie ethisch fundiert ist.

Freiheit bedeutet Selbstverantwortung. Selbstverantwortung bedarf der Werte, Tugenden, Pflichten. Nur wenn der geistig-moralische Rahmen hierfür vorhanden ist, können wir unsere Probleme in Freiheit lösen. Nur dann funktioniert die Soziale Marktwirtschaft.

Dies ist keine Botschaft des Pessimismus, sondern eine Ermunterung zu Selbstvertrauen und Zukunftsmut. Wir müssen uns wieder mehr darauf besinnen, daß jeder in erster Linie selber für sein Leben verantwortlich ist. Der Staat kann nicht soviel leisten, wie er vorgibt. Er kann nur den richtigen Rahmen setzen. Die Lebensleistung muß jeder selber erbringen. Die Anstrengung für sinnvolle Ziele ist zugleich der einzige realistische Weg zum persönlichen Glück.

Die Bundesrepublik hat durch ihre Politik der „inneren Reformen“ im Ergebnis den Staatsanteil und Staatseinfluß ausgeweitet, das Anspruchdenken und die Subventionsbegehrlichkeit gesteigert, die „Belastbarkeit der Wirtschaft erprobt“, Kostensteigerungen und sinkende Leistungsbereitschaft hervorgerufen und das Schwinden unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet.

Die Bundesregierung hat jetzt verspätet und nur unzureichend und teilweise fehlerhaft gehandelt — obwohl die FDP die große „Wende“ angekündigt hatte.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Konzept mußte deshalb mißraten, weil zwei völlig verschiedene Grundauffassungen nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Die SPD glaubt an „mehr Staat“, weshalb sie ihr Sinnen und Trachten nach wie vor auf ein „Beschäftigungsprogramm“ und auf Abgabeerhöhungen richtet. Die FDP dagegen tritt verbal für mehr Privatinitiative und Selbstverantwortung ein. Für die jetzige Fehlentwicklung tragen SPD und FDP die Verantwortung.

WALTHER LEISLER KIEP:

Die Arbeitsplätze sind unsere Hauptsorge

Die Haushaltsproblematik muß im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gesehen werden. Auf den ersten Blick sieht das Bild der Bundesrepublik Deutschland in dieser Lage im Vergleich zu anderen Ländern relativ günstig aus. Aber bei näherem Hinsehen ergeben sich einige schwierige Problembereiche.

Nehmen wir die Leistungsbilanz, bei der wir nur hoffen können, daß das eintritt, was Graf Lambsdorff hier als Hoffnung geäußert hat, nämlich, daß die Tendenzwende kommt; bisher ist sie nicht unwiderruflich sichtbar. Wir haben im vergangenen Jahr mit 29 Milliarden das größte Leistungsbilanzdefizit aller Industrienationen gehabt. Wir haben eine Wachstumserwartung, die mit 1 bis 2 Prozent im negativen Bereich angesiedelt ist.

Vor allem — das ist unser Hauptproblem — haben wir eine steigende Arbeitslosigkeit.

Wir haben Verbraucherpreise, die in einer Größenordnung von 6 Prozent steigen. Wir haben eine Verschuldung von insgesamt 460 Milliarden, davon die Hälfte beim Bund.

Wir wissen, daß, gemessen an diesen Problemen, eine Begrenzung der Neuverschuldung auf 26,5 Milliarden für 1982 — wenn es dabei bleibt — nicht ausreicht, um die Konsolidierung der Staatsfinanzen so überzeugend einzuleiten, daß dadurch eine Plattform entsteht, auf der die Kräfte der wirtschaftlichen Gesundung in Gang gesetzt werden können.

Die Hauptprobleme sind die folgenden.

Erstens: Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Schaffung von zusätzlichen

Ausbildungsplätzen. Wir müssen in diesem Zusammenhang die Teilzeitarbeit, das Job-sharing und andere neue Gedanken voll in unsere Überlegungen mit aufnehmen.

Zweitens: Wir müssen die Abhängigkeit vom Energie-Import als ein wichtiges Thema in den Vordergrund stellen. Dasselbe gilt für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ebenso wie für eine angemessene verstärkte Bemühung um die Erhaltung des Umweltschutzes. Schließlich müssen wir dafür sorgen, daß in unserem Lande strukturelle Veränderungen stattfinden können.

Die Arbeitsplätze sind unsere Hauptsorge. Dazu ist festzustellen, daß wir nach den Aussagen der Fachleute bis 1985 pro Jahr mit 200 000 zusätzlichen Arbeitskräften zu rechnen haben. Hier möchte ich Graf Lambsdorff und vielleicht auch den Bundeskanzler fragen: Können Sie den Widerspruch aufklären, der zwischen der finanziellen Planung und der gesamtwirtschaftlichen Projektion sichtbar wird, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß laut Finanzplan ab 1983 eine Milliarde weniger zur Abdeckung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung vorgesehen ist und eine solche Maßnahme ja nur dann ohne Beitragserhöhung und ohne Kürzung der Arbeitslosenbezüge verständlich und machbar wäre, wenn man mit sinkenden Arbeitslosenzahlen rechnen könnte?

Genau hier ist der Widerspruch sichtbar, denn die gesamtwirtschaftliche Projektion geht davon aus, daß eine Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigten 1985 gegenüber 1980 so gut wie nicht eintritt.

Wenn Sie noch hinzunehmen, daß in dieser Fünfjahresfrist eine Vergrößerung der Zahl der Arbeitssuchenden um insgesamt eine Million eintritt, ergibt sich die Frage, wie eigentlich 1985 das Defizit gedeckt werden soll, das hier logischerweise ent-

stehen muß, das Defizit, das man bei vorsichtiger Berechnung für das Jahr 1985 irgendwo zwischen 8 und 10 Milliarden DM beziffern muß. Hier müßte der Bundeswirtschaftsminister, hier müßte auch der Bundeskanzler eine Aufklärung geben können.

Wie ist nun die Lage unserer Wirtschaft angesichts der hier übereinstimmend festgestellten Notwendigkeit, die Investitionstätigkeit wieder anzuregen?

Zunächst einmal geht es darum, ein Vertrauensklima zu schaffen. Ich stimme mit allen Rednern, auch denen der SPD, voll überein, wenn sie davor warnen, daß wir jetzt hier in eine Weltuntergangsstimmung verfallen.

Wir brauchen Vertrauen. Und ich muß Ihnen sagen, Graf Lambsdorff: Sie, Ihre Freunde, diese Bundesregierung, die beiden Koalitionsparteien haben in dem Sommertheater des Sommers 1981 einen Beitrag zur Verunsicherung geliefert, der durch nichts übertragen werden kann.

Wir brauchen Vertrauen, aber wir brauchen auch konkrete Erkenntnisse, und wir müssen gewisse Wahrheiten akzeptieren, wenn wir die richtige Politik machen wollen. Die Eigenkapitalausstattung unserer Unternehmen ist zu schwach. Das Eigenkapital unserer Unternehmen ist von 30 Prozent auf 20 Prozent der Bilanzsumme gesunken — in der Zeit von 1966 bis 1980. Die Nettoumsatzrendite ist in der gleichen Zeit um ein Viertel gesunken, nämlich von 3,4 auf 2,4. Die Investitionsquote ist zwischen 1970 und 1980 von 25,6 auf 23,4 Prozent zurückgegangen. Diese Tatsachen sind natürlich auch mit dafür verantwortlich, daß in wirtschaftlichen Schwierigkeiten unsere Unternehmen sehr schnell an den Rand einer Katastrophe geraten können.

Regierungsprogramme haben da nichts geholfen. Regierungsprogram-

me, die unsere finanziellen Möglichkeiten überstrapaziert haben, ohne die wirtschaftliche Wirkung hervorzu rufen, die im Interesse der Erhaltung unserer Arbeitsplätze notwendig gewesen wäre.

Erlauben Sie mir noch einige wichtige Bemerkungen, was die weiteren Fragen der Wirtschaftspolitik betrifft. Zunächst einmal kommt es darauf an, dafür zu sorgen, daß unsere Unternehmen in ihrer Möglichkeit, Gewinne zu erwirtschaften, gestärkt werden, das heißt, wir brauchen mittelfristig eine Verbesserung unserer steuerlichen Situation unter anderen Rahmenbedingungen.

Ich möchte zum Schluß noch einmal daran erinnern, daß die Freien Demokraten und insbesondere ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Graf Lambsdorff in der Vergangenheit als die Apostel der Marktwirtschaft, als diejenigen, die die richtige Richtung vertreten, durch die Lande gezogen sind und daß auch jetzt in dieser Debatte nach der Haushaltsskürzung der Bundesregierung immer wieder zum Ausdruck kam: Wenn es einen Partner gäbe, wären wir ja im Grunde genommen bereit, aber es geht ja wohl doch nicht.

Ich glaube, daß Sie allmählich das Ende der Fahnenstange dieser Politik erreicht haben.

In dem Umfange, in dem deutlich werden wird, daß Sie gar nicht mehr imstande sind, mit den sachlichen Schwierigkeiten fertig zu werden, die uns etwa in der Abwicklung des Haushalts 1981 und der Gestaltung des Haushalts 1982 bevorstehen, wird auch deutlich werden, daß Sie zu einer Fortsetzung dieser Politik, die einerseits das Banner der Marktwirtschaft vor sich herträgt, auf der anderen Seite aber die Partnerschaft mit einer Partei fortsetzt, die zu dieser Politik nicht bereit ist, nicht in der Lage sind.

RAINER BARZEL:

Diese Regierung motiviert nicht – sie frustriert – sie bewirkt nichts – sie hemmt den Aufschwung

Mir ist nach dem bisherigen Gang der Debatte danach, ein Kompliment zu verteilen — freilich nicht an Ihre Adresse, Herr Bundeskanzler. Ich möchte den bisherigen Rednern der Opposition, allen voran dem Vorsitzenden, Helmut Kohl, ein Kompliment machen. Uns ist nämlich etwas gelungen: den Kanzler, wenn auch nach 24stündiger Vorbereitungszeit, endlich zum Reden zu bringen, und dann auch noch zum Reden mit Energie zu bringen.

Stellen Sie sich mal vor, er würde mit dieser Energie die Bundesregierung führen, in seiner Fraktion sagen, wo es langgehen soll. Ja, das wäre doch gar nicht mehr auszuhalten. Seit der Wahl, Herr Bundeskanzler, sind Sie doch eigentlich mehr auf Tauchstation gegangen. Und nun gehen Sie gleich ins andere Extrem und kommen energisch gegen die Opposition hierher.

Nun der dritte Punkt aus Ihrer Rede, Herr Bundeskanzler. Das sollten Sie sich noch einmal überlegen, ob Sie das aufrechterhalten wollen. Das war so böse wie Ihr Wort von der mangelnden Friedensfähigkeit.

Gucken Sie mich hier an, ja — ich bin nicht friedensfähig! Würden Sie wagen, mir hier das zu sagen? Oder einem von uns? Es ist ja so leicht, andere zu verleumden. Kommen Sie doch her und sagen Sie das hier!

So böse wie dieses Wort war das, wir seien nicht imstande, den sozialen Grundkonsens zu halten, wir würden ihn zerstören.

Herr Bundeskanzler, Ihre Politik der Schulden, der Inflation, der Arbeitslosigkeit, die zerstört diesen Konsens.

Herr Bundeskanzler, nun kommt etwas, bei dem Sie sich nun endlich einmal zu dem durchringen müssen, was sie wirklich wollen. Sie haben die Opposition in einer längeren Passage, die an den Kollegen Kohl gerichtet war, um Unterstützung in sicherheitspolitischen Fragen gebeten.

Das ist dieselbe Opposition, von der Sie behaupten, sie sei nicht friedensfähig. Das ist dieselbe Opposition, von der Sie vor ein paar Wochen — ich glaube, auch an dieser Stelle — gesagt haben: Ich brauche die Opposition nicht.

Es hat doch keinen Zweck, Kanzlerworte so zum Blech des Bauchladens zu degenieren. Was wollen Sie nun eigentlich?

Sie brauchen viele von uns nicht zu ermuntern, den DGB-Appell zu unterschreiben. Warum verpaßt der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland nach dem, was er in Berlin erlebt hat, im Bundestag die Chance, in dieser Richtung zu sagen:

Ihr alle unterschreibt bitte den Krefelder Appell nicht! Warum hat er das denn eigentlich nicht gesagt?

Herr Bundeskanzler, nun noch ein paar Worte zu Ihrem Haushalt. Wir bekommen einen Haushalt vorgelegt, durch den die Schuldenlast des Bundes, die zur Zeit 264 Milliarden DM beträgt, um weitere 26,5 Milliarden DM auf über 290 Milliarden DM erhöht wird. Das nennt man dann Sparen. Herr Bundeskanzler, Sie legen eine mittelfristige Finanzplanung vor, die ausweist, daß ab 1983 die Zinsaufwendungen des

Bundes nicht mehr ausreichen, um die alten Schulden zu bezahlen. Das nennen Sie dann Konsolidieren.

Sie senken die investiven Ausgaben von 17 Prozent im letzten Jahr unserer Regierung — übrigens zusammen mit Ihnen — im Jahre 1982 auf 13,7 Prozent.

Das nennen Sie „Mut zur Zukunft“.

Sie legen einen Haushalt vor, durch den Sie das Kindergeld kürzen und lassen spüren — das ist Ihre Reaktion auf unsere eigene Zurückhaltung in der Diätenfrage —, daß Sie bereit sind, die Ministergehälter zu erhöhen.

Das nennen Sie dann sozial, meine Damen, meine Herren.

Sie legen einen Haushalt vor, in dem der Staatsanteil fast 11 Prozentpunkte höher ist als in den 60er Jahren.

Das nennen Sie dann liberal. Verzeihen Sie, das alles — ich muß dies sagen — ist unredlich.

Ich finde, die Regierung motiviert ja nicht den Wirtschaftsaufschwung, sie frustriert, sie bewirkt nicht, sie hemmt. Herr Bundeskanzler, jetzt sprechen Sie selbst von Schulden.

Vor einem Jahr war ungefähr der Tag, als die Beschimpfung der katholischen Bischöfe durch den Bundeskanzler erfolgte, weil die gewagt hatten, von Schulden zu sprechen.

Herr Kollege Matthöfer, Ihre Politik kann doch nicht sein, daß wir den Rotstift zum nationalen Statussymbol erheben.

„Rotstift, Rotstift über alles“ löst doch nicht die Probleme. Die Frage ist doch: Wie werden wir wieder flott? Mit welcher Wirtschaftspolitik kriegen wir wieder Arbeit und volle Kassen in der Sozialversicherung.

Die hohen Zinsen — das habe ich ein- gangs dargetan — haben etwas mit Ihrer Politik zu tun. Das Defizit hat doch etwas

mit Ihrer Energiepolitik zu tun. Sie können doch nicht so tun, als gäbe es hier keinen Zusammenhang. Das ist gegenüber dem deutschen Volk nicht aufrichtig, Herr Kollege Matthöfer.

Die Realität der Koalition schadet unserer Geltung wie unserem Ansehen.

Unser Wort wird bezweifelt, unsere Standfestigkeit und unsere Berechenbarkeit werden mit Fragen versehen.

Da erklärt ein veritables Mitglied der Bundesregierung, Minister Enghold — Helmut Kohl hat das zitiert —, der Kanzler werde wohl in der Sicherheitsfrage auf dem kommenden Parteitag keine Mehrheit mehr haben. Was geschieht? Nichts. Energisch läßt man wieder die Flügel schleifen. Der SPD-Vorsitzende ist gegen und der Bundeskanzler ist für den Beitritt Spaniens zur NATO. Beides bleibt so stehen, zur freien Auswahl und zur Stärkung der Klarheit des deutschen Worts in aller Welt.

Der SPD-Vorsitzende ist der Moskauer Meinung näher als der heimischen Regierung und ermuntert die Skandinavier den Erwägungen zur atomwaffenfreien Zone näherzutreten.

Die Bundesregierung will Sicherheitsfragen allein im Bündnis lösen. Herr Bahr sucht illoyal und an uns hier vorbei den Kontakt über Sicherheitsfragen in der Volkskammer.

Über all dem schwebt dann nebelverbreitend Willy Brandt, der sich weltweit zum öffentlichen Bürgen des Friedenswillens der in Afghanistan gerade einen Angriffskrieg führenden Sowjetunion macht: Der rote Zar zittert um den Frieden.

Sehen Sie, Herr Kollege Wehner, das alles hat Methode: Über Reagan die Augenbrauen erheben, Weinberger und Haig kritisieren, uns die Friedensfähigkeit absprechen und den Moskauern das Zittern um den Frieden bescheinigen.

Zur Sache:

**Die CDU unterstützt den „Friedensaufruf“
der in Datteln (Kreis Recklinghausen) gegründeten
Aktion „Bürger für Frieden und Freiheit“.**

Der „Dattelner Appell“ hat folgenden Wortlaut:

Friedensaufruf

an das Präsidium des Deutschen Bundestages

Für Entspannung, Abrüstung und Frieden in Freiheit

Wir sind gegen jeden Krieg und wollen den Frieden! Unsere Bundeswehr sichert uns zusammen mit den NATO-Verbündeten den Frieden; sie schützt unseren demokratischen Staat und garantiert uns damit unsere Freiheit. Deshalb können wir seit mehr als 35 Jahren in Frieden und Freiheit leben.

Wir wollen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft ein freier und unabhängiger Staat bleibt. Wir sind für das friedliche Zusammenleben aller Völker. Wir sind deshalb gegen jede militärische Aggression, wie z. B. die sowjetische Besetzung Afghanistans. Solche Aggressionen stören den notwendigen Entspannungsprozeß und gefährden den Frieden.

Wir sind für Abrüstung. Aber gleichgewichtig in Ost und West und nicht nur einseitig nur bei uns.

Die Sowjetunion stellt seit einigen Jahren Woche für Woche eine Atomrakete (Typ SS 20) nach der anderen auf. Diese sind gegen Westeuropa gerichtet und sind eine Bedrohung für unser Land.

Dieser sowjetischen Überlegenheit hat die NATO bislang keine gleichwertigen Waffen entgegengesetzt. Das will sie frühestens ab 1983 nachholen. Bis dahin haben die Sowjets die Chance, ihre uns bedrohenden neuen Atomraketen abzuziehen. Wenn das geschieht, braucht die NATO nicht nachzurüsten. Wir treten deshalb für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen Ost und West ein.

Unterstützen auch Sie mit Ihrer Unterschrift den Friedensaufruf.

CDU

 sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 Bonn 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Altenaivität

Hausbesetzen, das wissen wir, macht Spaß, stählt die Muskeln und beschert Fernsehminuten zur besten Sendezeit. Allzuleicht unterschätzen wir aber seine ökonomischen Vorteile: Hausbesetzer wohnen mietfrei. Nun war es schon längst an der Zeit, diese Alternativen von der Zinsknechtschaft zu befreien und ihnen den Weg ins Eigentum zu ermöglichen — möglichst gratis.

Die Ratsmehrheit in Kiel setzt hier epochale Daten. Mit der Mehrheit von SPD und FDP wurde beschlossen, den Hausbesetzern der Hansastraße 48 den Kauf des Objekts zu ermöglichen. Weil der eigens gegründete „Verein Hansastraße 48“ die rund 900 000 Mark nicht aufbringen kann, will die Stadt eine halbe Million beisteuern.

Am Ende soll daraus ein sogenanntes Kommunikationszentrum für alternatives Leben werden (obgleich es in Kiel bereits zwei Kommunikationszentren gibt, die

„Pumpe“ und die „Räucherei“). Es steht zu vermuten, daß SPD und FDP damit nicht nur Alternatives im Sinn haben, sondern die eher alternative Erwartung, bei den Wahlen im Frühjahr politischen Zins für die zinslosen Zuschüsse einstreichen zu können.

Sollte es zu dieser ungewöhnlichen Form der Eigentumsbildung auf Kosten der Steuerzahler kommen, so dürfen sich Hausbesetzer ermuntert fühlen. Ihr Treiben ist nicht mehr illegal, sondern in höchstem Maße förderungswürdig.

Ein arbeitsamer Facharbeiter, der mit Mühe seine Miete aufbringt oder die Hypotheken abstottert, darüber aber keine Zeit für alternatives Leben hat, reibt sich die Augen, wie mit seinen Steuern andere durch Illegalität erstens Absolution und zweitens Geld erhalten.

Es ist gewiß zu früh, in allen Hausbesetzern potentielle Käufer zu sehen. Aber wir sind offenbar auf dem guten Wege dahin. Das machte dann auch die Bausparkassen überflüssig. Man muß die Besetzung nur so lange durchstehen, bis die Stadtverwaltung weichgeklopft ist. Und der Rechtsstaat mit ihr.

Die Welt, 22. September 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.